

Bonn, den 26. Januar 2023

---

## **DPVKOM ruft zu weiteren Warnstreiks bei der Deutschen Post auf!**

Bei der Deutschen Post AG kommt es zu weiteren Warnstreiks. Am 27. und 28. Januar 2023 werden mehrere Betriebsstätten in den Niederlassungen Betrieb Magdeburg, Mannheim und Hamburg bestreikt. Zu diesen Warnstreiks ruft die Fachgewerkschaft DPVKOM auf. In der Niederlassung Betrieb Magdeburg werden Beschäftigte in der Zustellbasis Barleben sowie in den Zustellstützpunkten Magdeburg und Wolmirstedt die Arbeit im Zeitraum 27. Januar, 7:00 Uhr, bis 28. Januar, 18:00 Uhr, niederlegen. In der Niederlassung Betrieb Mannheim streiken Zustellerinnen und Zusteller in mehreren Zustellstützpunkten in Kaiserslautern und der dortigen Zustellbasis sowie im Zustellstützpunkt Rodenbach im Zeitraum 27. Januar, 7:00 Uhr, bis 28. Januar, 19:00 Uhr. Und in der Niederlassung Betrieb Hamburg treten Zustellerinnen und Zusteller der Zustellbasen in Norderstedt und Altona in den Streik. Hier beginnt der Warnstreik am 27. Januar um 7:30 Uhr und endet am 28. Januar um 20:00 Uhr. Aufgrund der Warnstreiks werden zahlreiche Briefsendungen, Päckchen und Pakete nicht zugestellt.

Mit der Ausweitung der Warnstreiks – die DPVKOM hatte zuvor schon in den Niederlassungen Betrieb Magdeburg, Karlsruhe, Frankfurt, Wiesbaden und Mannheim zu Arbeitsniederlegungen aufgerufen –, wollen die DPVKOM und die Beschäftigten den Tarifforderungen erneut Nachdruck verleihen. Die Deutsche Post muss in der laufenden Tarifrunde ein Angebot vorlegen, das die hervorragende Arbeit aller Beschäftigten in den zurückliegenden Jahren finanziell anerkennt. Gerade die Beschäftigten in den unteren Entgeltgruppen, dazu zählen die Mitarbeitenden in den Brief- und Paketzentren, im Transportbereich und auch in der Zustellung, leiden unter den hohen Preissteigerungen für Lebensmittel und Energie und brauchen deutlich mehr Geld im Portemonnaie. Die DPVKOM fordert deshalb 12 Prozent mehr Entgelt, eine Mindesthöhung der Monatsentgelte der unteren Entgeltgruppen um 500 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten sowie eine Höhergruppierung bestimmter Beschäftigtengruppen. Diese hohe Entgeltforderung ist vollauf gerechtfertigt. Die Deutsche Post zählt zu den Gewinnern der Corona-Pandemie und steht mit einem prognostizierten Ergebnis von 8,4 Milliarden Euro vor ihrem bislang besten Geschäftsjahr.

Zusätzlich zu der Entgeltforderung fordert die DPVKOM die Deutsche Post auf, zeitnah die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte steuer- und sozialabgabenfreie Inflationsausgleichsprämie von 3.000 Euro auszuzahlen, und zwar unabhängig von einer tariflichen Erhöhung der Entgelte.